Nummer 19 — 28. Jahrgang
Erscheint 6mal wöchentl. mit den illustr. Gratisbeilagen „Die Welt" und „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld, Einzelnummer 10 ₰, Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Todzydl, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Mittwoch, den 23. Januar 1929
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile 90 mm breit 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,50 ℳ, Briefgeb. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Rechtspflicht auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Holbeinstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 2708. Bankkonto: Stadtbank Dresden Nr. 61711

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Holbeinstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Um das Litwinow-Protokoll

Neue Vorschläge Rußlands für die Inkraftsetzung des Kellogg-Pakts in Osteuropa

Moskau, 21. Januar.

Nach einem von der Presse veröffentlichten Kommuniqué empfing Litwinow den polnischen Gesandten Patek und teilte ihm mit, daß die Sowjetregierung folgendes Unterzeichnungsverfahren für das Protokoll zur Inkraftsetzung des Kellogg-Paktes für Osteuropa vorschlägt:

Die Regierungen der Sowjetunion und Polens, die sich zur Unterzeichnung des Protokolls bereiterklärten, vollziehen diese Unterzeichnung unverzüglich in Moskau.

Sofort nach der Unterzeichnung richtet die Sowjetregierung unmittelbar an Finnland, Estland und Lettland (an Litauen ist ein derartiges Angebot bereits abgesandt und seine Zustimmung bereits eingetroffen), sowie an Rumänien durch die polnische Regierung die Aufforderung, dem Protokoll beizutreten, sofern sie ihren Beitritt zum Pariser Vertrage bereits als vollzogen betrachte.

Ihren Beitritt zum Protokoll vollziehen die genannten Staaten durch Zusendung des schriftlichen Beitrittsaktes mit beigelegter Abschrift des Protokolls an den Staat, der der Initiator des Protokolls ist. Die Regierungen der Staaten, die durch das Protokoll unterzeichneten bzw. ihm beitraten, übernehmen die Verpflichtung, in der kürzesten Frist sowohl den Kelloggpakt als auch das Protokoll ordnungsgemäß zur Ratifizierung vorzulegen.

Das Protokoll tritt zwischen der Sowjetunion und Polen im Augenblick des Austausches ihrer Ratifikationsurkunden und zwischen der Sowjetunion und Polen und den dem Protokoll beigetretenen Staaten vom Augenblick der Uebergabe der Mitteilung über die vollzogene Ratifizierung des Protokolls durch diesen oder jenen Staat an die Sowjetunion in Moskau in Kraft.

Litwinow erläuterte, daß das genannte Verfahren zur baldigsten Inkraftsetzung des Kellogg-Paktes wenigstens zwischen einigen Staaten Osteuropas führe und gleichzeitig allen Staaten Osteuropas die Möglichkeit biete, vollberechtigte Teilnehmer des Protokolls gleichzeitig mit den Signatarstaaten des Protokolls zu werden. Patek nahm den Vorschlag zur Kenntnis und versprach bei seiner Regierung deshalb anzufragen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Warschau, 22. Januar.

Unmittelbar nach Abschluß des deutsch-polnischen Holzvertrages hat der polnische Delegationsführer das in Aussicht gestellte Ergänzungsangebot an Deutschland übermittelt, das sich auf die polnischen Zollbindungen und die polnischen Einfuhrkontingente für deutsche Waren im künftigen Handelsvertrag bezieht. Von polnischer Seite wird erklärt, daß die neuen Warschauer Vorschläge über die letzten Konzessionen der polnischen Regierung erheblich hinausgingen.

Enteignung des gesamten Waldbesitzes in Nordmähren

Prag, 21. Januar.

Von dem dieses Jahr vom Bodenamt zu übernehmenden Waldbesitz in Mährisch Schlesien soll der größte Teil dem Landwirtschaftsministerium zugewiesen werden, während der Rest auf die Stadt Olmütz mit 800 Hektar sowie auf Littau und andere Städte aufgeteilt werden soll. In der nächsten Zeit sollen bereits der Waldbesitz des ehemaligen Grafen Harrach bei Römerstadt und das Lichtensteinsche Gut in Groß-Ullersdorf sowie die Kleinsche Herrschaft in Wiesenburg übernommen werden. Sollte das tatsächlich geschehen, dann ist die Verstaatlichung des ganzen Waldbesitzes in dem rein deutschen Nordmähren beendet.

Der Diamantenkrieg in Südafrika

„Würden auch nur all diejenigen Diamantenfelder Südafrikas ausgebeutet, von denen man mit Sicherheit weiß, daß sie leichte und große Ausbeute ergäben, dann könnten sich" — so behaupten ernst zu nehmende, gewiegte Sachverständige — „bald alle Stenotypistinnen der Welt von ihrem schmalen Gehalt Brillantkolliers kaufen!" — Nun, es wird dafür gesorgt werden, daß die jungen Damen ihr Geld nicht in Diamanten anlegen können. Dafür sorgen Mächte, die stärker sind als die armseligen Digger (Diamantengräber) in Namaqua-Land und am Orange-Fluß, die eben beinahe mit Revolvern und Maschinengewehren zu Tausenden gegen die Polizeitruppen der südafrikanischen Regierung zu Felde gezogen wären, weil die Regierung ihnen die Ausbeutung der märchenhaft reichen alluvialen Diamantenfelder der fraglichen Gebiete unmöglich gemacht hat. Sie zogen es dann allerdings vor, sich mit einem Mißtrauensvotum gegen die Regierung zu begnügen, denn sie sagten sich wohl mit Recht, daß es aussichtslos sei, den Kampf durchzuhalten. Seit etwas mehr als einem Jahre ist nämlich die Südafrikanische Regierung nicht mehr, wie früher, in diamanten-wirtschaftlicher Beziehung ein ausführendes Organ des mächtigen „Diamantenkönigs" Sir Ernest Oppenheimer, des Präsidenten der Anglo-American Corporation, die bis dahin die weitaus größten Diamantschürfrechte in der Südafrikanischen Union besaß und den Preisstand des Diamanten am Weltmarkt nach Belieben regulieren konnte, seit nach härtesten parlamentarischen Kämpfen die Südafrikanische Regierung im Oktober 1927 ihre „Precious Stones Bill", ihr Edelsteingesetz, durchbrachte, beruht die finanzielle Zukunft — und zwar eine wahrhaft märchenhafte Zukunft — der Südafrikanischen Union auf ihrer Diamantenpolitik, deren Ziel naturgemäß die Hochhaltung des Diamantenpreises sein muß. Insofern gehen also fürs erste die Interessen der Union und des großmächtigen Diamantensyndikats parallel.

Die armen, so jäh aus ihren diamantenen Träumen auf den harten und schmutzigen Boden volkswirtschaftlicher und finanzpolitischer Tatsachen hinabgestoßenen Digger in Transvaal und vor allen Dingen in Namaqualand, wo man stellenweise Diamanten auflesen konnte, wie Kiesel, wollten diese Politik auf weite Sicht natürlich nicht mitmachen. Ihnen lag nichts an der weisen Fürsorge des Staates für das Wohl ihrer Enkel und Urenkel — sie wollten selbst — und möglichst rasch — Millionäre werden und den Sand der afrikanischen Wüste wieder von den Schuhen schütteln können. Nun wurden plötzlich alle seit 1925 entdeckten Diamantenfelder zum Staatseigentum erklärt; die unerhört reichen Diamantenfelder des Namaqua-Landes wurden überhaupt für jegliche Ausbeutung gesperrt, von einem Heer schwerbewaffneter Polizisten bewacht und sogar mittels Motorrad und Flugzeugpatrouillen auf etwaige Schmuggler kontrolliert. Alle diese Maßnahmen können natürlich den Schmuggel nicht völlig unterbinden, beseitigen aber doch die Gefahr einer plötzlichen Entwertung des Diamanten.

Eine solche Entwertung würde nämlich eine Katastrophe nicht nur für die besten Steuerzahler der Union bedeuten, nämlich für die einzelnen Gesellschaften des Diamantensyndikats, sondern für die Südafrikanische Union selbst, die in ihren Kapstädter Safes Diamanten kiloweise aufspeichert, weil schon die Weitergabe der gesamten, unter Regierungskontrolle geschürften Diamantenproduktion die Preise sinken lassen würde. Dabei drängt sich die Frage auf: Kann diese Methode rationell sein oder gar bleiben? Die Antwort auf diese Frage erhellt zugleich auch die scheinbar undurchsichtige Situation und zeigt, daß menschlicher Voraussicht nach in diesem Falle die Regierung über die landfremden Kapitalmächte siegreich bleiben wird. Die Felder, die die Regierung der Union zum Staatseigentum erklärt hat, sind nämlich alluvialen Ursprungs, d. h. sie liegen — geologisch betrachtet — auf verhältnismäßig jungem, ja allerjüngstem Schwemmgebiet in Fluß- und Küstengegenden, während die großen, alten Syndikatsgesellschaften fast ausschließlich aus Diamantminen produzieren, wo der edle Stein in dem harten Blue-ground- (Blaugrund-) Gestein vulkanischen Ursprungs — nach dem ersten Fundort Kimberley auch Kimberlit genannt — enthalten ist, das einmal umfangreiche Schacht- und Stollenbauten, ferner eine sorgfältige Aufbereitung erfordert und das endlich immer geringere Ausbeute gibt. Dazu kommt, daß die Blue-ground-Diamanten qualitativ minderwertiger sind, als die Alluvialdiamanten. Auch diese Diamanten sind naturgemäß gleichen Ursprungs, wie die Blue-ground-Diamanten, jedoch ist ihr Muttergestein bei irgendwelchen

Was wir zahlen sollen!

Bevorstehende Rückreise Gilberts nach Berlin.

Ein Teil der amerikanischen Presse gibt Berliner Meldungen wieder, die angeblich aus „einer der autoritativsten Quellen Europas" stammen sollen und die zum Inhalt haben, daß Frankreich auf der bevorstehenden Reparationskonferenz die Forderung erheben würde, daß die deutschen jährlichen Reparationsleistungen auf 2,2 Milliarden Mark für 62 Jahre festgesetzt würden. Damit würde die Gesamtlast Deutschlands ungefähr die Höhe der Forderungen des bekannten Londoner Ultimatums nämlich 132 Goldmilliarden, erreichen. An zuständiger Stelle erfahren wir zu diesen Nachrichten, daß sie unmöglich den Tatsachen entsprechen könnten. Deutschland würde sich auf keinen Fall auf so riesige, alle seine Kräfte übersteigende Verpflichtungen einlassen können und auch auf der Gegenseite wisse man ganz genau, daß, wenn man versuchen würde, eine Summe von 132 Milliarden Mark von Deutschland einzutreiben, Deutschland dabei ruiniert würde und jede Zahlungsfähigkeit einbüßen, müßte. Man erblickt in diesen Meldungen amerikanischer Blätter einen Versuch, die Reichsregierung zu einer amtlichen Auslassung darüber zu bewegen, wie hoch sie sich die Endbelastung Deutschlands denke. Man erklärt aber, daß man selbstverständlich den Beratungen des Expertenkomitees, das ja feststellen soll, was Deutschland leisten könne, in keiner Weise durch irgendeine amtliche Entgegnung auf solche Auslassungen vorgreifen wolle. Gilbert verabschiedete sich heute von Kellogg. Er wird am Freitag nach Berlin zurückkehren.

Die neue Wendung in Afghanistan

Moskau, 22. Januar.

Einer Meldung aus Herat zufolge, ist eine beträchtliche Anzahl Militär aus Kandahar und im Gebiet von Gazni zusammengezogen worden. Man glaubt, daß Aman Ullah sich an die Spitze der Truppen stellen wird. In Kabul macht sich Mangel an Lebensmitteln bemerkbar. Die Preise sind stark gestiegen. An den Häfen sind Plünderungen vorgekommen. So wurde das Eigentum einer aufgelösten französischen Schule geraubt. Das gleiche Schicksal droht der deutschen Schule. Durch die völlige Isolierung Kabuls stockt der Handel, was eine große Unzufriedenheit in der Kaufmannschaft erregt. **Unter der niedergedrückten Bevölkerung machen sich Sympathien für Aman Ullah bemerkbar.**

Kowno, 21. Januar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, sollen die Stämme, die früher mit Habib Ullah gut gestanden haben, erklärt haben, daß sie mit seiner jetzigen Politik nicht einverstanden sind, und daher seine Abdankung verlangen. Die Führer der Stämme erklären, daß sie den Treueid, den sie König Inanat Ullah geschworen haben, halten werden. König Habib Ullah hat seinen Truppen den Befehl gegeben, die Stämme, die mit ihm unzufrieden sind, zu entwaffnen.

Irigoyen greift durch

Maßnahmen gegen die argentinische Provinz Mendoza.

Buenos Aires, 21. Januar.

Der Gouverneur der argentinischen Weinbauprovinz Mendoza, Dr. Orfila, ist wegen schlechter Verwaltung öffentlicher Gelder in Untersuchungshaft genommen worden. Ueber die Provinz Mendoza wurde das Bundeseinschreiten verhängt.

Der Kampf der Flamen für die Autonomie

Eine Kundgebung für Dr. Borms.

Brüssel, 21. Januar.

In Mergem bei Antwerpen fand am Sonnabend-Abend eine Kundgebung für den Flamenführer Dr. Borms statt. Der Flamenführer hielt eine Ansprache, in der er seinen Dank dafür aussprach, daß seine Anhänger bei der Wahl für ihn eingetreten seien. Er forderte die Flamen auf, den Kampf für die Autonomie fortzusetzen.

Wie hier verlautet, wird Borms die Leitung der flämisch-nationalistischen Zeitung „De Schelde" übernehmen. Zahlreiche Aktivisten sind bereits aus Holland auf Grund der erlassenen Amnestie nach Belgien zurückgekehrt. Ein Teil von diesen wird an der Zeitung „De Schelde" als Mitarbeiter tätig sein.

---

* **Die belgische Regierung** hat einen Gesetzentwurf über die Ratifizierung des Kelloggpaktes angefertigt.

* **Sieg Schmelings in Amerika.** Der deutsche Boxer Max Schmeling siegte in dem Kampf gegen Pietro Corri in der ersten Runde nach 62 Sekunden durch k. o.

Die heutige Nummer enthält die Kinderbeilage „Für unsere kleinen Leute".

SLUB
Wir führen Wissen.